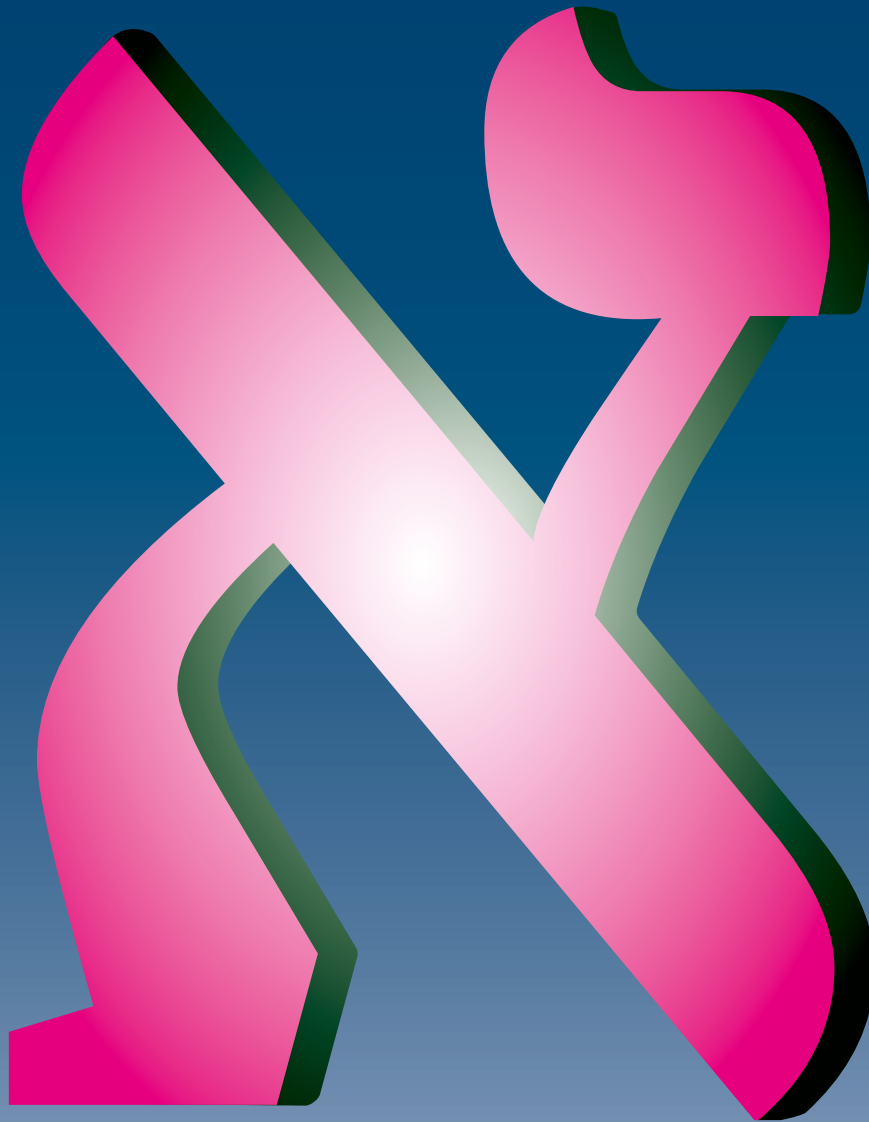


Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen 2021

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**



Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Autor*innen: Katarzyna Miszkiel-Deppe und Helge Regner

Lektorat: Britta Kollberg

Konzept, Redaktion, Grafik: RIAS Niedersachsen, David Speier

Bildnachweis: Die Bildrechte verbleiben bei RIAS Niedersachsen, Pixel Matsch.

Titelseite und Layout:  Design, Wigwam eG

Eine Publikation der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen (RIAS Niedersachsen) in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Wir bedanken uns für die Unterstützung bei unseren Partnern sowie bei unseren Spender*innen, die die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung und ihrer Projekte erst möglich machen.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



gefördert durch

Landesprogramm
für Demokratie
und Menschenrechte



landes-
demokratiezentrum
niedersachsen



L P R

Landespräventionsrat
Niedersachsen



**Niedersächsisches
Justizministerium**

Landeshauptstadt



Hannover

Inhaltsverzeichnis

02	Vorwort
03	Geleitwort
04	Über RIAS Niedersachsen
06	Begrifflicher Rahmen und Kategorien
10	Zusammenfassung: Antisemitische Vorfälle 2021
13	Die Statistiken auf einen Blick
18	Beispiele
29	Analyse antisemitischer Vorfälle
35	Kontakt und Angebote

Vorwort

„Den Antisemitismus kann nicht bekämpfen, wer zu Aufklärung zweideutig sich verhält.“

Adorno, „Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute“, 1962¹

Der Wunsch von Jüdinnen*Juden, Antisemitismus in allen seinen Formen aufzuzeigen und sich dagegen zu wehren, hat eine lange Geschichte. Schon im 18. Jahrhundert gehörten Jüdinnen*Juden zu den ersten und oft einzigen Akteur*innen, die den Angriffen sowie den Zurücksetzungen durch die Mehrheitsgesellschaft widersprachen und den Diffamierungen entgegentraten. Moses Mendelsohn forderte bereits in den 1750er Jahren öffentlich Toleranz und protestierte Mitte der 1770er Jahre gegen eine in Warschau erhobene Ritualmordbeschuldigung. Zusammen mit Vertretern der jüdischen Gemeinde von Berlin appellierte er an polnische Adlige, gegen diese Verleumdungen vorzugehen. Im 19. Jahrhundert entstanden neue Formen von Politik und politischer Öffentlichkeit. Die deutsche Judenheit kämpfte um Anerkennung und bürgerliche Gleichberechtigung. Sie trat aktiv gegen Verleumdungen und Verdächtigungen ein, wie beispielsweise durch den Historiker Heinrich von Treitschke im sogenannten „Berliner Antisemitismusstreit“. Im Jahre 1890 wurde der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ gegründet. In durch den Verein veröffentlichten Zeitschriftmitteilungen gab es aktuelle Meldungen über antisemitische Vorfälle und Strömungen in Deutschland. Im März 1893 wurde in Berlin der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ als eine nationale Organisation zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland gegründet. Der CV wurde bald zu der größten Vereinigung der deutschen Jüdinnen*Juden und zur mitgliederstärksten jüdischen Organisation in Deutschland². Der Verein agierte reichsweit und war in Ortsgruppen und Landesverbände unterteilt. Beispielsweise gab es im November 1931 eine Tagung des Landesverbandes Hannover, auf der 30 Gruppen vertreten waren. Der Verein wurde 1938 verboten. Wie schon dem Abwehrverein ging es dem CV darum, eine Gegenöffentlichkeit gegen antisemitische Narrative herzustellen sowie sich gegen diskriminierende Praktiken im öffentlichen Dienst zu engagieren.

Die politischen Rahmenbedingungen haben sich völlig verändert. Doch Antisemitismus ist bis heute nicht verschwunden. RIAS Niedersachsen wurde im Jahre 2020 gegründet. Die Stelle dokumentiert antisemitische Vorfälle, um neben der Sichtbarmachung der vielfältigen Erfahrungen von Betroffenen die Sensibilisierung für Antisemitismus zu stärken. Sie versteht sich dabei als Anlaufstelle und zivilgesellschaftliches Sprachrohr für die Betroffenen und Zeug*innen.

Katarzyna Miskiel-Deppe
Projektleitung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus
in Niedersachsen (RIAS Niedersachsen)

¹ Wyrwa, Ulrich, *Einspruch und Abwehr. Die Entstehung des Antisemitismus in Europa und die Reaktion des europäischen Judentums: Eine Einleitung*, S. 13, Frankfurt/ New York 2010.

² Im Jahr seiner Gründung traten dem Verein fast 1500 Mitglieder bei, ein Jahrzehnt später hatte er bereits etwa 36000 Mitglieder. Am Ende des deutschen Kaiserreichs geht man von 240.000 Mitgliedern aus. Wyrwa, Ulrich, *Die Reaktion des deutschen Judentums auf den Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich: Eine Rekapitulation*, S. 38, Frankfurt/New York 2010.

Geleitwort

Antisemitismus gehört zur Lebensrealität niedersächsischer Jüdinnen und Juden – dies wird erneut durch den Jahresbericht der Recherche- und Informationsstelle Niedersachsen deutlich.

Antisemitismus artikuliert sich auf vielfältige Art und Weise – mal laut-aggressiv, mal leise und vordergründig unscheinbar. Doch für Betroffene von Antisemitismus spielen die Ausdrucksformen und auch die Hintergründe der Täter*innen weniger eine Rolle – es ist gleichermaßen verletzend, beängstigend oder gar bedrohlich. Für Jüdinnen und Juden ist es zunächst einerlei, ob sie von rechten, verschwörungsideologischen, linken, christlichen oder muslimischen Menschen antisemitisch beleidigt, bedroht oder angegriffen werden.

Für die Analyse von antisemitischen Vorfällen hingegen ist es jedoch relevant, genau die Hintergründe und Milieus zu erfassen, um konkrete Interventions- und auch Präventionsmöglichkeiten erarbeiten zu können. Der Anstieg von dokumentierten antisemitischen Vorfällen lässt jedoch eines deutlich erkennen: Bisher wird offensichtlich zu wenig getan, um Antisemitismus zu bekämpfen. Es gibt vereinzelte Projekte, die Herausragendes leisten, die sich unmittelbar dafür einsetzen, unsere Demokratie zu stärken und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Doch eine langfristige, fundierte Strategie scheint bisher bundesweit zu fehlen, nicht nur in Niedersachsen. Es reicht eben nicht aus, eine Schule darin zu fördern, sich gegen Rassismus und Antisemitismus aktiv einzubringen. Wir benötigen flächendeckende, ineinandergreifende Konzepte, die aufeinander aufbauen und diverse Zielgruppen erreichen – beginnend im Kindergarten und endend in der Seniorenarbeit. Noch viel zu häufig fällt der Satz: Mich betrifft es ja nicht. Dem gilt es zu widersprechen: Jede*r Demokrat*in muss sich an Antisemitismus stören, denn er greift uns alle an. Und solange noch Synagogen, jüdische Kindergärten, jüdische Seniorenheime durch Polizei und weitere Sicherheitsvorkehrungen geschützt werden müssen, können wir es uns nicht anmaßen zu sagen, Antisemitismus sei nur ein Randphänomen. RIAS Niedersachsen leistet mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag, um antisemitische Vorfälle sichtbar zu machen, damit sich die Gesamtgesellschaft nicht zurücklehnen kann, sondern mit dem bestehenden Problem konfrontiert wird. Es ist nicht (nur) die Aufgabe von Jüdinnen und Juden, sich gegen Antisemitismus aktiv einzusetzen, sondern sie benötigen eine breite, solidarische Unterstützung – zur Sicherung unserer Demokratie, zur Achtung unserer gesellschaftlichen Pluralität und zum Schutz aller, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bedroht sind. Und hier ist jede*r aufgefordert, aktiv zu werden.

Dr. Rebecca Seidler

Gründungsmitglied des Bundesverbandes RIAS e.V.

Vorsitzende des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R.

Über RIAS Niedersachsen



Im Frühjahr 2020 entwickelte sich aus der Offensive gegen Antisemitismus der Landeshauptstadt Hannover heraus eine Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover. Sie wurde kommunal gefördert und war an der Hochschule Hannover bis zum 31.12.2020 angesiedelt. Im Oktober 2020 ging aus dieser Einrichtung RIAS Niedersachsen hervor, um die Arbeit auch über Hannover hinaus fortzuführen. RIAS Niedersachsen befindet sich in der Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung.

Seit der Gründung der RIAS-Stelle besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesverband RIAS e.V. Dies umfasst regelmäßigen Austausch, Absprachen etwa bei Kategorisierungsfragen, Beratung in konkreten Fällen. Die Entgegennahme und Erfassung von Hinweisen auf antisemitische Vorfälle jeglicher Art in Niedersachsen und deren Kategorisierung erfolgen direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de, per Mail/Telefon sowie über eigene Netzwerke.

Ein wichtiges Ziel war die Verbesserung des Meldeverhaltens, um so das Ausmaß und die Formen von Antisemitismus im Alltag sichtbar zu machen und darauf aufbauend Präventions- und Bildungsangebote zu konzipieren. Dies verlangte eine spezifische Forschungsperspektive, um die Formen des Alltagsantisemitismus auf verschiedenen Ebenen zu erfassen. Die dokumentierten Fälle bedürfen häufig einer wissenschaftlichen Analyse, um den antisemitischen Gehalt sichtbar zu machen. Dies hängt mit einer Besonderheit des Phänomens zusammen: der Gleichzeitigkeit von Tabuisierung und Reproduktion.³ Insbesondere in Deutschland entwickelte sich nach 1945 eine Abwehr und Verdrängung der Erinnerung an den Nationalsozialismus. Gleichzeitig wurde die offene Artikulation von Antisemitismus weitestgehend sanktioniert. Dieser war jedoch keineswegs mit der Kapitulation des NS-Regimes einfach aus den Köpfen der einstigen „Volksgemeinschaft“ verschwunden. Vielmehr konnte er sich in Teilen der postnazistischen Gesellschaft, gerade aufgrund einer mangelnden öffentlichen Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Schoa, an der zahlreiche Deutsche beteiligt waren und von der viele von ihnen profitierten, reproduzieren. Antisemitische Narrative, Erzählungen oder auch strukturelle Denkmuster wirkten so in den kollektiven Weltbildern weiter und wurden intergenerationell überliefert. Derartige Kommunikationen bieten die Möglichkeit, antisemitische Ressentiments zu verschleiern, um so die allzu offene Artikulation von Antisemitismus zu umgehen.

³ Stender, Wolfram (2011): Ideologische Syndrome. Zur Aktualität des sekundären Antisemitismus in Deutschland S. 228, in: Markus Brunner/Jan Lohl/Rolf Pohl/Sebastian Winter (Hrsg.), Volksgemeinschaft, Täterschaft und Antisemitismus. Beiträge zur psychoanalytischen Sozialpsychologie des Nationalsozialismus und seiner Nachwirkungen, Gießen (psychosozial-Verlag)

Wie wichtig das Erlangen des Vertrauens von Jüdinnen*Juden ist, zeigt die über 30-jährige Erfahrung des britischen Community Security Trust⁴ (CST) in der Bearbeitung antisemitischer Vorfälle. Die Erfahrung des CST, der bereits in den 1990er Jahren seine Arbeit aufnahm, zeigt, dass erst nach ca. fünf Jahren eine regionale Dokumentationsstelle aufgebaut ist. Erst ab diesem Zeitpunkt sind das nötige Vertrauen in den jüdischen Communitys und der notwendige Bekanntheitsgrad erreicht. Es ist weiter die Aufgabe von RIAS, das Dunkelfeld des Antisemitismus zu erhellen, Antisemitismus aus der Perspektive der Betroffenen zu dokumentieren und so die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft für das Phänomen zu sensibilisieren.

Das Ziel ist es, die vielfältigen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen von Antisemitismus sichtbar zu machen. Dies geschieht durch die regelmäßige Berichterstattung über antisemitische Vorfälle in Niedersachsen. Hierfür ist eine niedrighschwellige Erfassung von Vorfällen entscheidend. Auch Vorfälle, die unterhalb der Grenze zur Straftat liegen, werden als relevant verstanden und in das Archiv von RIAS aufgenommen. Die Fälle werden wissenschaftlich kategorisiert und analysiert. Zudem betreibt RIAS Niedersachsen ein Active-Monitoring, was bedeutet, dass potentiell antisemitische Veranstaltungen beobachtet und Vorfälle bei diesen bzw. in deren Umfeld dokumentiert werden. Die Dokumentation dient zudem der Evaluation und Weiterentwicklung von Handlungskonzepten zur Präventions- und Bildungsarbeit, durch welche die Gesellschaft für Antisemitismus sensibilisiert werden soll.

Ferner bietet die Stelle für Betroffene eine Verweisberatung. Falls gewünscht, wird an kompetente psychosoziale, Antidiskriminierungs- oder Opferberatungen vermittelt. Der Vertrauensschutz steht hierbei immer an erster Stelle. Dies bedeutet, dass die Betroffenen entscheiden, wie mit den gesammelten Informationen verfahren wird.

4 In <http://report-antisemitism.de/publications> (letzter Zugriff: 15.03.2022)

Begrifflicher Rahmen und Kategorien

Die verwendeten Vorfallkategorien wurden vom britischen Community Security Trust (CST) übernommen und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) RIAS verwendet RIAS Niedersachsen dieselben Kategorien. Dies sichert die Transparenz und Vergleichbarkeit der regionalen Meldestellen.

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Niedersachsen im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter*innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Formen, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Niedersachsen zu treffen. An dieser Stelle werden der begriffliche Rahmen sowie die genutzten Definitionen vorgestellt, die RIAS Niedersachsen verwendet, um so den Leser*innen die darauffolgenden Analysen nachvollziehbarer zu machen. Nach diesen Kategorien werden auch antisemitische Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, systematisiert und ausgewertet.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Niedersachsen an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Niedersachsen zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.

RIAS Niedersachsen analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfalltyp, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschaulicher Hintergrund der sich antisemitisch Äußernden oder Handelnden.

Vorfalltypen

RIAS Niedersachsen unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst.

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie umfasst auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** werden die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählen auch die Beschädigung oder

Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese sich direkt gegen eine konkrete Person oder Institution wenden. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online. RIAS Niedersachsen erfasst zudem auch proaktiv Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring betrifft jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer solchen Versammlung außerdem zu antisemitisch konnotierten Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils zusätzlich als eigenständige antisemitische Vorfälle registriert.

Betroffene

RIAS Niedersachsen unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen*Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist*innen oder Politiker*innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen kann es sich einerseits um religiöse und weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen handeln. Andererseits können aber auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere, als jüdisch wahrgenommene oder adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als ein Betroffener, bei Individuen erfasst RIAS Niedersachsen dagegen die genaue Anzahl betroffener Personen.

Es gibt zudem zahlreiche Vorfälle, denen RIAS Niedersachsen keine direkten Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Niedersachsen bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen*Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen*Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen*Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet. **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. **Israelbezogener Antisemitismus** liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Niedersachsen klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Da diese Zuordnung nicht immer möglich ist, werden viele antisemitische Vorfälle aufgrund fehlender oder unzureichender Informationen keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Niedersachsen sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Dabei ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Rechtspopulismus bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Er fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die eine scharfe Abgrenzung von (vermeintlichen) politischen Eliten reklamiert, sich aber dabei zumindest formal von rechtsextremen Positionen und Akteur*innen abgrenzt.

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Welt-sicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamenta-listische Spielarten des Christentums) und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islam-verständnisse, darunter auch islamistische.

Einem **verschwörungsideologischen** Milieu werden Gruppen oder Perso-nen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungs-mythen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltan-schaulicher Hintergrund dominiert.

Auch für den **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass sich die Akteure mit-unter nicht eindeutig politisch zuordnen lassen: Hier dominiert die israel-feindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen ein-deutig gegenüber einer politischen Positionierung, z.B. im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählt RIAS Berlin beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist*in-nen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die kei-nem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zuge-ordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Datengrundlage

Ein großer Teil der hier analysierten Vorfälle wurde RIAS Niedersachsen direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de mit-geteilt. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemiti-sche Vorfälle über E-Mails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisatio-nen und Presseberichte. Antisemitische Anfeindungen gegen zivilgesell-schaftliche, jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen mit Sitz in Niedersachsen werden regelmäßig abgefragt und RIAS Niedersach-sen gemeldet. Für mehrere Vorfälle war projekteigenes Monitoring von Medien und Veranstaltungen die Quelle. Darüber hinaus fließen in diesen Bericht auch Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten und Vereinen ein, die in den Bereichen Beratung bei und Präven-tion von Antisemitismus tätig sind, wie etwa die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBT), die Betroffenenberatung Niedersachsen, die Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus OFEK e.V., Orte der Erinnerung und andere. RIAS Niedersachsen geht weiterhin von einem hohen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus.

**Zusammenfassung:
Antisemitische Vorfälle
in Niedersachsen 2021**

Insgesamt 131 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Niedersachsen (RIAS Niedersachsen) im Jahr 2021. Darunter sind zwei Angriffe, 11 Bedrohungen, 21 Sachbeschädigungen an jüdischem Eigentum oder Orten der Erinnerung an die Schoa, eine Massenzuschrift sowie 96 Fälle verletzenden Verhaltens.

Die RIAS Niedersachsen bekannt gewordenen Vorfälle können nur einen Teil der Wirklichkeit abbilden. Es ist von einem großen Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle auszugehen.

73 % aller dokumentierten Vorfälle wurden als verletzendes Verhalten kategorisiert. 32 Veranstaltungen wurden als antisemitischer Vorfall eingeordnet.

Wie das vergangene Jahr 2020 war auch das Jahr 2021 geprägt von der Pandemie. Rund ein Drittel, 33 % der Fälle, hatten einen Bezug zur Covid-19-Pandemie. Auch bedingt durch die Coronaproteste und antiisraelische Versammlungen spielte sich Antisemitismus im Offline-Bereich mit 60 Vorfällen am häufigsten auf der Straße ab (46 %).

An Orten des persönlichen Alltags der Jüdinnen*Juden fanden 15% der Vorfälle statt. Dazu zählten der Arbeitsplatz, Bildungseinrichtungen und das Wohnumfeld.

Jeder dokumentierte Vorfall wird einer oder mehreren Erscheinungsformen des Antisemitismus zugeordnet. Die am weitesten verbreitete Form antisemitischer Artikulation war der Post-Schoa-Antisemitismus und trat in 52 % der Vorfälle auf. Er äußerte sich beispielsweise in einer Täter-Opfer-Umkehr oder in Formen der Schoa-Relativierung. Stereotypen des israelbezogenen Antisemitismus wurden in 30 % verwendet. Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen*Juden als fremd oder nicht dazugehörig beschrieben, wenn Personen oder Institutionen als „Jude“ beschimpft werden. Dies geschah in 27 % der Fälle.

Der politische Hintergrund eines Vorfalls konnte nur in der Hälfte der Fälle eindeutig zugeordnet werden – in 51 % der Fälle war er unbekannt. An erster Stelle stand der Rechtsextremismus (25%), gefolgt vom verschwörungsideologischen Milieu (10%) und israelfeindlichen Aktivismus (8%).

20 dokumentierte Vorfälle richteten sich gegen Institutionen. In vier Fällen handelte es sich um jüdische/israelische Institutionen, in 15 Fällen um Gedenkstätten/Erinnerungsorte und in einem Fall um eine zivilgesellschaftliche Institution. In 36 Fällen waren insgesamt 67 Einzelpersonen betroffen. Von diesen waren wiederum 33 Jüdinnen*Juden.

Die Covid-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sowie politische Ereignisse im Kontext des sog. Nahostkonflikts bildeten 2021 eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle. Menschen nutzen diese, um Antisemitismus offener und – zumindest für sie selbst – scheinbar legitim zu artikulieren und ihre Aggressionen gegen Jüdinnen*Juden zu richten. Solche Gelegenheitsstrukturen verdeutlichen die Wandlungsfähigkeit des Antisemitismus und seine Anschlussfähigkeit an das Wertesystem von Teilen der Bevölkerung. Während Fälle im Zusammenhang mit der Pandemie das gesamte Jahr über eine Art antisemitisches Grundrauschen darstellten, kam es besonders zwischen dem 10. Mai und 10. Juni zu einem sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle mit Bezug zum sog. Nahostkonflikt.

Jahresbericht 2021:

- Insgesamt 131 registrierte Vorfälle**
- Insgesamt 67 betroffene Einzelpersonen**
- Insgesamt 20 betroffene Institutionen**
- 21 Vorfälle mit Bezug zur Eskalation des arabisch-israelischen Konflikts**
- 43 Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie**

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

rias
RECHERCHE- UND
INFORMATIONSTELLE
ANTISEMITISMUS
NIEDERSACHSEN

Die Statistiken auf einen Blick

Vorfallkategorien:

Angriffe

2

Gezielte
Sachbeschädigungen

21

Bedrohungen

11

Verletzendes Verhalten

96

Massenzuschriften

1

AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG

rias
RECHERCHE- UND
INFORMATIONSTELLE
ANTISEMITISMUS
NIEDERSACHSEN

Erscheinungsformen:

Post-Schoa-Antisemitismus 68



Israelbezogener Antisemitismus 39



Antisemitisches Othering 36



moderner Antisemitismus 16

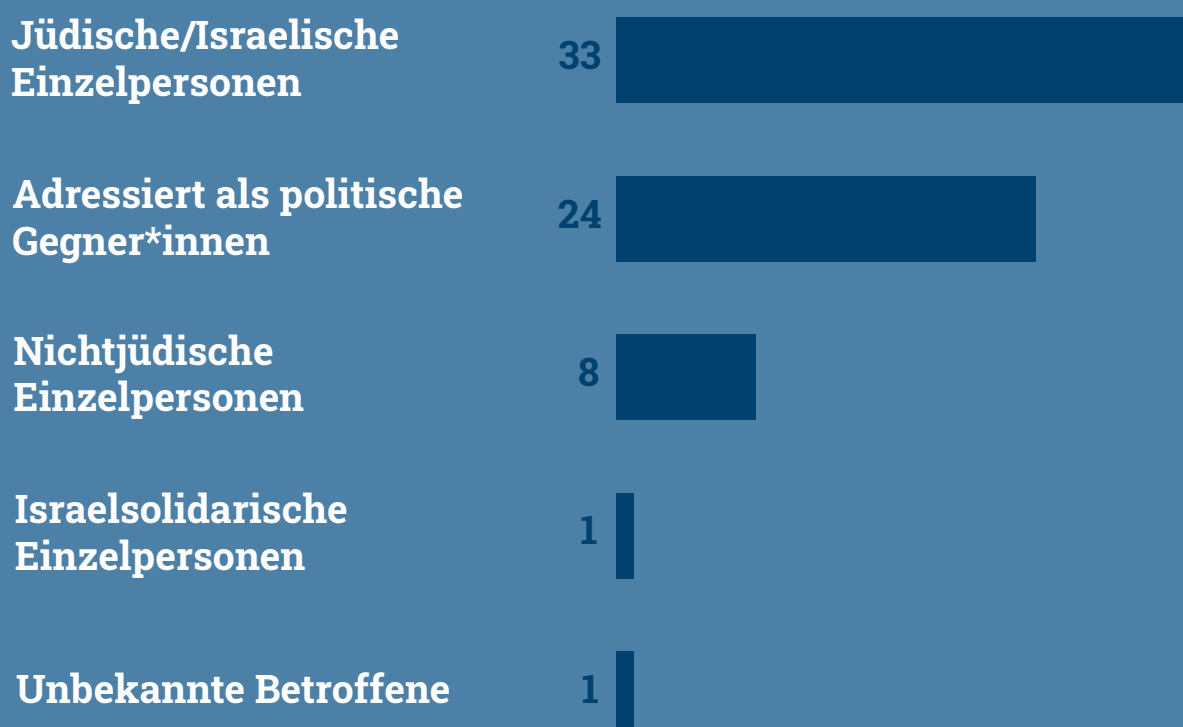


antijudaistischer Antisemitismus 5

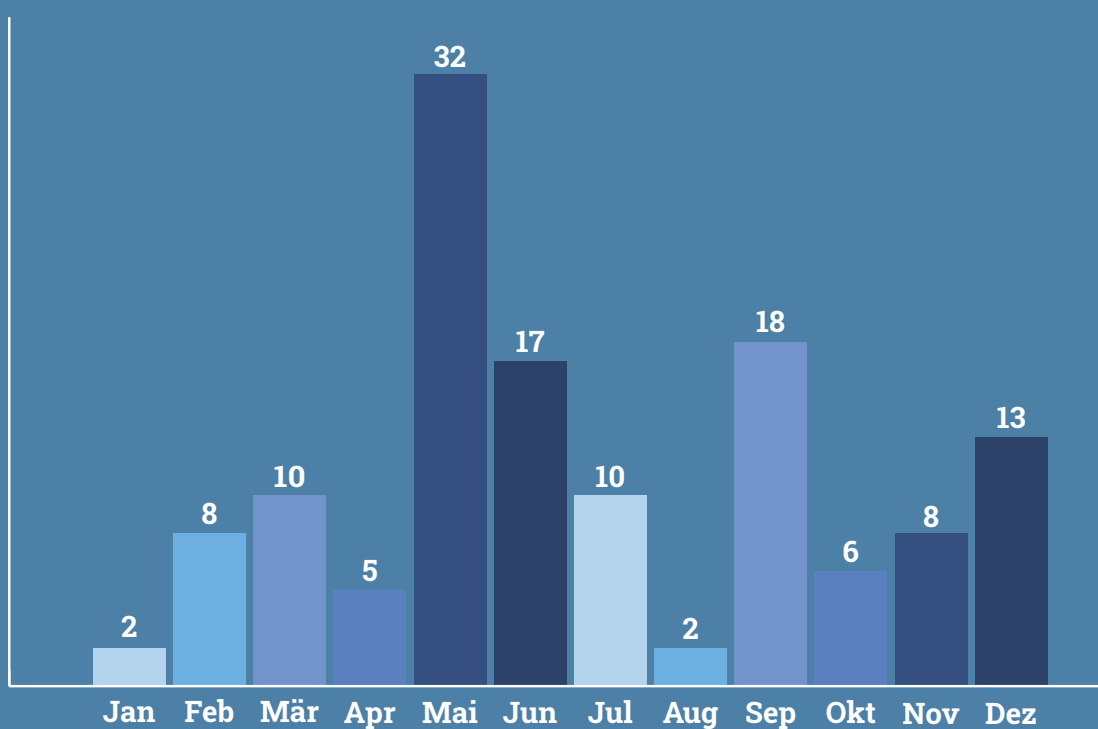


Betroffene:

- In 36 Fällen waren Personen direkt betroffen
- Insgesamt waren 67 Einzelpersonen betroffen



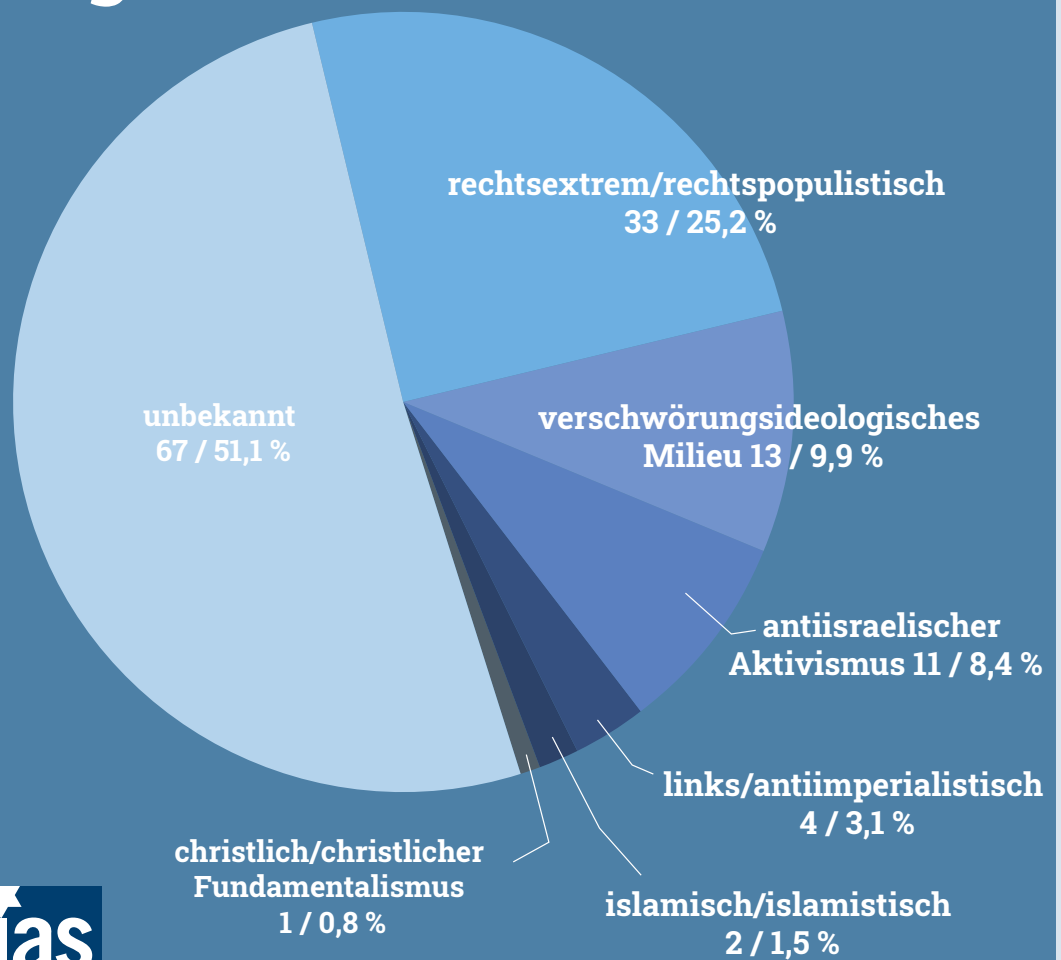
Vorfälle nach Monaten:



AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG

rias
RECHERCHE- UND
INFORMATIONSTELLE
ANTISEMITISMUS
NIEDERSACHSEN

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund:



AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG

rias
RECHERCHE- UND
INFORMATIONSTELLE
ANTISEMITISMUS
NIEDERSACHSEN

Beispiele

Inhaltliche Erscheinungsformen

Antisemitismus ist ein mitunter sehr unterschiedlich auftretendes, gesamtgesellschaftliches Phänomen, dessen Verbreitung sich weder auf einzelne Milieus und Schichten noch auf eine bestimmte Erscheinungsform reduzieren lässt.

Bezüglich der Verbreitung von antisemitischen Einstellungen liegen für Niedersachsen keine Zahlen vor. Die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität (PMK) in Niedersachsen für das Jahr 2021 zeigen, dass auch in diesem Bundesland die antisemitische Hasskriminalität deutlich angestiegen ist (von 115 im Jahr 2018 auf 253 im Jahr 2021)⁵.

Nach Häufigkeit ihres Auftretens im Jahr 2021 sind dies: Post-Schoa-Antisemitismus (68 Fälle), israelbezogener Antisemitismus (39 Fälle), antisemitisches Othering (36 Fälle), moderner Antisemitismus (16 Fälle) und Antijudaismus (5 Fälle). Wie in den Beispielen sichtbar wird, können auch mehrere Klassifikationen gleichzeitig auf einen Vorfall zutreffen, sodass eine Mehrfachzuordnung möglich ist.

Post-Schoa-Antisemitismus

Post-Schoa-Antisemitismus zeigt sich beispielsweise in der Abwehr der Erinnerung an die Schoa, in ihrer Relativierung oder Leugnung und der Verhöhnung ihrer Opfer. Auch die Verwendung von NS-Symbolen oder Parolen in einem weiteren antisemitischen Kontext ist für diese Erscheinungsform kennzeichnend.

Einbeck, 14. Februar

Bei einer rechtsextremen Versammlung wurde in Form einer Täter-Opfer-Umkehr von einem „Bombenholocaust“ gesprochen. Die Veranstaltung stand unter dem Thema der Erinnerung an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Schoa-Antisemitismus

Braunschweig, 6. April

Sieben Stolpersteine wurden mit rechtsextremen Stickern überklebt. Auf den Stickern ist ein Pfeil mit den Zahlen 381 (Postleitzahl Braunschweigs) und dem Logo von „Die Rechte“ Braunschweig abgebildet.

*Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung,
Post-Schoa-Antisemitismus*



⁵ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Politisch motivierte Kriminalität (PMK) in Niedersachsen: <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=PMK+Niedersachsen+2021> (letzter Zugriff 20.06.2022)

Braunschweig, 8. Mai

Zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, wurde die KZ-Gedenkstätte Schillstraße in Braunschweig mit roter Farbe beschmiert. An dem Tag sollte eine Gedenkveranstaltung vom Bündnis gegen Rechts Braunschweig stattfinden.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung, Post-Schoa-Antisemitismus



Emden, Juli/August

Im Rahmen der Sonderausstellung „Komplizenschaft“ des Ostfriesischen Landesmuseums Emden wurden an sieben Standorten in der Emdener Innenstadt Möbelstücke aufgestellt, die an das im Nationalsozialismus von Jüdinnen und Juden geraubte Kulturgut erinnern. Ab 1942 wurden Güter, die als „Hollandgut“ bezeichnet wurden, auch nach Emden gebracht und auf sogenannten „Judenauktionen“ an die Bevölkerung verkauft. Beschriftet sind die Möbelstücke mit den Bezeichnungen „Hollandgut“ oder „Judenmöbel“. Seit Beginn der Installation wurden fünf der Möbelstücke beschädigt. Das Museum geht in drei der Fälle von einem antisemitischen Hintergrund aus. Bei den Vorfällen, die sich in der Zeit von Anfang Juli bis Mitte August ereigneten, wurden antisemitische Beschriftungen hinterlassen und die Stücke beschädigt. So wurde bei einem Stück das Wort Jude mit einem Reinigungsmittel entfernt. Bei einer anderen Installation wurde das Wort „Hollandgut“ in „Hollandschuld“ umgewandelt. Ein anderes Mal wurde aus „Judenmöbel“ „Juden vermöbeln“ gemacht. Das Museum hat die Beschädigungen auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht, berichtet aber auch von Solidaritätsbekundungen von Emdener Bürger*innen.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung, Post-Schoa-Antisemitismus



Hannover, 17. Dezember

Am Steintor wurde ein die Schoa relativierender Sticker gesichtet. Auf dem Sticker ist der Satz „Impfen macht frei“ zu sehen. Der Satz ist eine Abwandlung von „Arbeit macht frei“, der Parole, die unter anderem auf den Toren der Konzentrationslager Auschwitz und Dachau prangte. Weiter ist auf dem Sticker Adolf Hitler abgebildet, der sich mit dem Teufel unterhält. Darunter steht ein weiterer Geschichts- und die Schoa relativierender Satz zu lesen.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Post-Schoa-Antisemitismus



Israelbezogener Antisemitismus

Der israelbezogene Antisemitismus richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. Zu dieser Erscheinungsform zählen auch „das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel“ (Quelle: IHRA-Arbeitsdefinition) sowie eine dämonisierende und von doppelten Standards geprägte Darstellung des israelischen Staates.

Göttingen, 21. Oktober

An ein Versorgungshäuschen wurden zwei selbstgefertigte Sticker geklebt. Auf dem ersten prangt der Satz: „Israel der Bruder von Scheiße!“ Der Sticker ist handschriftlich geschrieben, nur das Wort „Israel“ ist aus einer Zeitung herausgeschnitten. Daneben ist das Bild eines Juden mit Tefillin und Tallit geklebt. Der zweite Sticker hat die Aufschrift „Wer ist beschissen-kriminell AFD und Israel!“ Gegenüber der Stelle, wo die Sticker verklebt wurden, hing laut der meldenden Person vor ein paar Wochen eine Palästina-Fahne vom Balkon.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus



Hannover, 10. Mai

Ein Mann rief in der liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover zweimal an und verlangte, dass er in die Gemeinde hineingelassen werde. Da der Anrufer nicht bereit war, seinen Namen anzugeben, wurde ihm dies jedoch verwehrt. Daraufhin erklärte der Mann, dass er am Samstag bereits vor der Synagoge gewesen sei. Er drohte, sofern er nicht hineingelassen werde, wiederzukommen und die Synagoge anzuzünden. Im Kontext des israelisch-palästinensischen Konfliktes war es zuvor zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Auch in Deutschland kam es in diesem Kontext zu anti-israelischen Protesten und antisemitischen Vorfällen.

Kategorisierung: Bedrohung, israelbezogener Antisemitismus

Osnabrück, 19. Mai

Nachdem eine Person einen Instagrampost von fridays for future (international) kommentierte, erhielt sie eine Direktnachricht, in der sie stark angefeindet wurde. So wurde gefragt: „Warum kriegst du so sehr in den Arsch der Terroristen? (Juden & Israel). Haben sie dir versprochen dich finanziell zu unterstützen? Wie blind und doof muss man sein die Lage nicht zu verstehen? Nicht zu sehen wie viele Babys, Kinder, Frauen, Männer sterben. Bist du wirklich so sehr verblendet das du das nicht siehst?“ Die meldende Person hat auf die Nachricht nicht reagiert.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, israelbezogener Antisemitismus, moderner Antisemitismus

Antisemitisches Othering

Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen*Juden oder jüdische Institutionen als fremd dargestellt und vom nationalen oder völkischen Kollektiv ausgeschlossen. Zum antisemitischen Othering zählen auch Vorfälle, in denen jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft werden oder die Begriffe Jude/Judentum als Synonym für etwas Negatives verwendet werden.

Niedersachsen, 28. November

An einem Sonntagabend erhält eine jüdische Gemeinde in Niedersachsen eine antisemitische Nachricht. In der Nachricht, die sich an alle Jüdinnen und Juden in Deutschland richtet, wird ein Ultimatum gestellt: Sofern die Mitglieder der jüdischen Community Deutschland nicht zu einem bestimmten Zeitraum verließen, droht der Schreiber insbesondere Jüdinnen extreme Gewalt an. Die Nachricht fällt neben dem Antisemitismus mit einer extremen misogynen Sprache und Gewaltfantasien auf. Mitglieder der Gemeinde zeigten sich sehr besorgt über die Nachricht, die am ersten Abend von Chanukka gesendet wurde. Die explizit ausgeführte Darstellung der Gewalt bedeutet für sie eine neue Qualität in der Artikulation von Antisemitismus.

Kategorisierung: Bedrohung, antisemitisches Othering

Goslar, 26. Juni

In Goslar tauchen ab dem 26. Juni vermehrt Graffiti mit rechtsextremer Symbolik auf. Dabei wird an eine Hausfassade auch das Wort „Jude“ zusammen mit einem Hackenkreuz gesprüht.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, antisemitisches Othering



Moderner Antisemitismus

Fälle, die etwa antisemitischen Verschwörungsmythen umfassen, werden dem modernen Antisemitismus zugerechnet. Im modernen Antisemitismus wird Jüdinnen*Juden eine politische und/oder ökonomische Übermacht zugeschrieben und das Judentum mit Geld und Profitgier identifiziert. Gerade modern antisemitische Motive artikulieren sich häufig codiert und chiffriert.

Braunschweig, 14. Juli

In der Braunschweiger Innenstadt entdeckt ein Passant einen Sticker, der auf den antisemitischen Verschwörungsmythos der angeblich allmächtigen Rothschild-Familie verweist. QR-Codes auf dem Sticker verweisen auf den verschwörungsideologischen Inhalt.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus



Celle, 8. September

Eine Jüdin erhält von einem Bekannten via Facebook-Messenger einen Flyer geschickt mit dem Titel „The Jews Behind All These Anti-Corona-Vaccines“. Abgebildet sind darauf Leif Johannsson, Albert Bourla und Stéphane Bancel. Die drei repräsentieren führende Unternehmen, die Impfstoffe gegen das Covid-19-Virus herstellen. Alle drei sind mit einem gelben Judenstern gekennzeichnet.

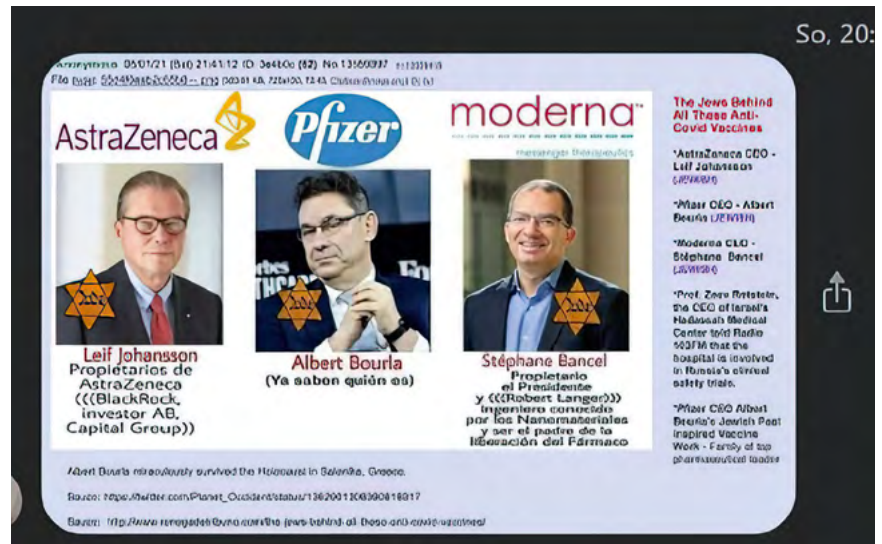
Nachdem die Frau ihren Bekannten fragte, was er damit sagen möchte, erwiderte dieser, dass alle Hersteller von Impfstoffen Juden seien und dies bedeute, dass „unsere Geschichte“ im 2. WK „gelogen“ sei und „A.H.“ (= Adolf Hitler), schon damals von dem „Plan von heute“ gewusst habe. Nachdem die Betroffene darauf verwies, dass sie diese Aussagen empörend finde, und fragte, ob ihr Bekannter wisse, dass sie Jüdin sei, erwiderte dieser, dass das eine nichts mit dem anderen zu tun habe. Er sagte außerdem, dass man nicht alles glauben solle, was im Fernsehen komme, und dass die Betroffene die Bibel lesen müsse, dann wisse sie, was „gerade passiert und sich immer wieder wiederholt“.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Westerstede, 7. September

Eine Rednerin verbreitet auf einer sog. Corona-Demonstration in Bezug auf die kommende Bundestagswahl die antisemitische Verschwörungserzählung, Deutschland werde von Jüdinnen*Juden regiert. Sie lässt ihre knapp einminütige Rede mit einer Handykamera filmen. Sie behauptet dabei, dass es seit 1956 kein gültiges Wahlrecht gebe und Merkel die Geschäftsführerin einer nichtregierenden kriminellen Okkupationsverwaltung sei. Danach schreit sie wörtlich: „Merkel ist Jüdin! Anna-Lena Baerbock ist Jüdin, Ihr werdet von Juden und Freimaurern regiert!“ Zum Schluss ruft sie zum Boykott der Wahlen auf, da jede*r, der*die wählen gehe, der Regierung eine Legitimation gebe. Weiter erklärt sie, Corona sei erfunden, um die Menschen zu versklaven und um „Geld abzuzocken“.

Kategorisierung: Verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus



Antijudaistischer Antisemitismus

Antijudaismus umfasst Feindschaft gegenüber dem Judentum als Religion und die hieraus entstandenen Stereotypen, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen*Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich.

Oldenburg, 27. Juli

Die Vorder- und Rückwand des Mahnmals der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus wurden beschmiert. Auf die Vorderseite, auf der auch die Namen der Opfer geschrieben sind, wurde „Amalek kommt“ und auf die



Foto: Pixel Matsch

Rückseite „JAWE = Satan“ gesprüht. Der Name „Amalek“ bezieht sich auf das Volk der Amalekiter, die in der hebräischen Bibel als Feinde der Israeliten beschrieben werden. Vor allem von Rechtsextremen wird der positive Bezug auf die Chiffre „Amalek“ häufig genutzt, um das Judentum als Feind zu kennzeichnen. In diesem Zusammenhang steht auch die Identifikation von Judentum mit Satanismus.

Kategorisierung: gezielte Sachbeschädigung, Antijudaistischer Antisemitismus Post-Schoa-Antisemitismus

Hannover, 12. Mai

Am Steintor zerrissen Teilnehmer*innen bei einer antiisraelischen Demonstration auf DIN A4 ausgedruckte Israel-Fahnen und zündeten sie an. Auf Schildern wurde Israel als Apartheidstaat bezeichnet und mit den Worten „Palestine will be free from the river to the sea“ die Vernichtung des Staates Israel gefordert. Mehrfach wurde die an die Ritualmordlegende anknüpfende Parole „Kindermörder Israel“ sowie „Chaibar, Chaibar“ gerufen.

Die letzte Parole bezieht sich auf die Legende eines Feldzugs Mohammeds im Jahr 628 gegen einen jüdischen Stamm, der an der Oase Chaibar gesiedelt haben soll. Der Feldzug endete islamischer Überlieferung nach mit dem Sieg der Truppen Mohammeds. Im Kontext einer antiisraelischen Demonstration ist die Parole als Gewaltandrohung an Juden zu deuten, die sich in Bezugnahme auf eine religiöse Erzählung legitimiert.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Antijudaistischer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus

Betroffene

In Niedersachsen waren 2021 mindestens 67 Personen in dem Sinne von antisemitischen Vorfällen unmittelbar betroffen, dass sich antisemitische Äußerungen oder Handlungen direkt gegen oder an sie richteten. Mindestens 33 der betroffenen Personen waren jüdisch. 24 Personen wurden als politische*r Gegner*innen und acht nichtjüdische Einzelpersonen antisemitisch adressiert.

In 20 dokumentierten Vorfällen wurden Institutionen adressiert. In vier Fällen handelte es sich um jüdische/israelische Institutionen, in 15 Fällen um Gedenkstätten/Erinnerungsorte und in einem Fall um eine zivilgesellschaftliche Institution.

Hannover, 14. Mai

Eine Jüdin fährt in Hannover mit dem Bus und hört dabei hebräische Musik auf ihrem Handy. Nachdem ein jugendlicher Mitfahrer die Musik bemerkt, rempelt er sie im Vorbeigehen mit seinem Ellenbogen an. Der Jugendliche trug eine Kufiya. Das Tuch, das auch als Palästinenserschal bekannt ist, wird unter anderem dazu verwendet, um sich öffentlich im israelisch-palästinensischen Konflikt mit der Seite der Palästinenser*innen zu solidarisieren.

Kategorisierung: Angriff, Antisemitisches Othering

Celle, 9. Juni

Nachdem ein Elternpaar erfährt, dass die Familie der besten Freundin ihres Kindes im Kindergarten jüdisch ist, bricht es plötzlich den Kontakt zu der Familie ab und reagiert nicht mehr auf Einladungen und Kontaktforderungen. Als die Mutter des betroffenen Kindes bei dem anderen Kind nachfragt, ob es zum Spielen vorbeikommen möchte, erwidert das Kind sinngemäß, dass ihre Mutter gesagt habe, dies ginge nicht, weil sie Juden seien.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othering

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Niedersachsen klassifiziert den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Person(en) oder Organisation(en) oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen oder weltanschaulichen Spektrum zuordnen lassen. Die jeweiligen Erscheinungsformen des Antisemitismus ermöglichen nicht immer Rückschlüsse auf einen spezifischen politischen Hintergrund. 51% der Fälle konnten keinem konkreten weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden. Mit 33 Fällen (25%) war Rechtsextremismus derjenige, dem die meisten Vorfälle zugeordnet werden konnten.

Oldenburg, 25. September

Ein Redner auf einer sog. Corona-Demonstration in Oldenburg verliest einen Brief an die Kanzlerin Angela Merkel. In diesem Brief nutzt er antisemitische Chiffren wie „Schatteneminenzen“ und den angeblichen Plan einer NWO (New World Order). Er vergleicht außerdem die jetzige von ihm als „Fakepandemie“ bezeichnete Situation mit der Schoa und relativiert letztere so.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, moderner Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus

Braunschweig, 11. September

Bei einer Versammlung von „Die Rechte“ in Braunschweig, die als „Wahlkampfabschluss“ am 11. September angekündigt wurde, trug der stellvertretende Kreisvorsitzende der Partei ein T-Shirt, auf dem groß „Antisemit“ geschrieben stand. Die Person zog sich an dem Tag nach Aufforderung der Polizei mehrfach um und trug noch ein T-Shirt mit der Aufschrift „Braunschweig Nazistadt“ sowie eins mit Pink-Panther-Motiv. Letzteres ist als Anspielung auf den NSU zu verstehen. Das Datum der Versammlung am 20. Jahrestag der Terroranschläge auf die Twin Towers in New York war ebenfalls nicht zufällig gewählt. Die Anschläge hatten auch ein antisemitisches Motiv, das Antisemit*innen weltweit auch so verstanden und gefeiert haben.

Kategorisierung: verletzendes Verhalten, Antisemitisches Othering

Analyse antisemitischer Vorfälle

Schwerpunkt Covid-19-Proteste

Der Text ist eine gekürzte Fassung eines zuerst im Demokratie-Dialog 10-2022 der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen erschienenen Artikels. Der Verlag hat uns freundlicherweise den erneuten Abdruck gewährt.

RIAS Niedersachsen hat im vergangenen Jahr vermehrt Vorfälle erfasst, die im Kontext der Pandemie stehen. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 wurden der Stelle insgesamt 43 solcher Vorfälle bekannt. 36 Vorfälle lassen sich dabei dem Post-Schoa-Antisemitismus zurechnen. Neunmal wurden Stereotype des modernen Antisemitismus erfasst. In drei Fällen wurden Motive des antisemitischen Otherings und in zweien solche des israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert (Mehrfachnennungen sind möglich). 13 der von RIAS Niedersachsen beobachteten Veranstaltungen wurden als antisemitische Vorfälle verzeichnet.⁶

Fälle, in denen Jüdinnen*Juden eine besondere ökonomische und/oder politische Macht zugeschrieben wird, werden von RIAS der Kategorie des „modernen Antisemitismus“ zugerechnet. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich eine rassistische, pseudowissenschaftliche Judenfeindschaft, in der das Judentum negativ mit dem neu entstandenen Kapital(ismus) oder direkt mit der Moderne assoziiert wird. Jüdinnen*Juden werden demnach als mächtige gesellschaftliche Einflussgruppe imaginiert, die einen gemeinsamen bösen Plan verfolgt. Diese Chimäre dient fortan als Erklärung und Projektionsfläche für alle als negativ gewerteten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse. Antisemitismus fungiert in diesem Sinne als Welterklärungsmodell. Die Kategorie Post-Schoa-Antisemitismus bezieht sich hingegen auf antisemitische Fälle, in denen die Schoa und die nationalsozialistischen Verbrechen thematisiert werden. Nicht nur Verschwörungserzählungen knüpfen an antisemitische Motive an, auch die Gleichsetzungen aktueller staatlicher Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit jenen des Nationalsozialismus umfassen häufig eine Relativierung der Schoa und sind daher antisemitisch.

Die am häufigsten erfassten Erscheinungsformen von Antisemitismus in Fällen, die einen Bezug zur Corona-Pandemie aufweisen, verorten sich in den Kategorien „Moderner Antisemitismus“ und „Post-Schoa-Antisemitismus“. Die Wirkungsmacht und Funktion dieser antisemitischen Spielarten sollen im Folgenden genauer vorgestellt werden. Die theoretischen Ausführungen werden dabei durch eine Auswahl exemplarischer Vorfälle ergänzt.

Das dichotome Weltbild des modernen Antisemitismus ist strukturell anschlussfähig für Verschwörungsideologien. Für Krisen werden vereinfachende Erklärungen gesucht, die im verschwörungsideologischen Denken häufig nach einem manichäischen Schema funktionieren: Widersprüche werden aufgelöst und die komplexe Realität scheinbar rationalisiert. Aber auch Feindbilder werden mittels Verschwörungsmythen tradiert, indem Probleme personifiziert werden. Krisen werden somit oftmals auf die ökonomisch orientierte Frage: Cui Bono? – Wer profitiert davon? – reduziert. Die „Schuldigen“ können so vermeintlich leicht lokalisiert und als Motive Machtgier und Profitstreben präsentiert werden.

⁶ Die an dieser Stelle aufgeführten Zahlen unterscheiden sich von jenen, die im Ursprungstext im Demokratie-Dialog 10-2022 aufgeführt wurden. Dieser Umstand ist dadurch zu erklären, dass RIAS Niedersachsen noch Nachmeldungen erreichten, die zum Zeitpunkt der Erstellung der Erstfassung RIAS noch nicht bekannt waren.

Gemäß einem solchen Denken wurden auch von Teilnehmenden und in Redebeiträgen auf sogenannten Querdenken-Demonstrationen entweder die Pandemie, die Maßnahmen dagegen oder beides zugleich als globale Verschwörung dargestellt, welche einzig einer bestimmten Gruppe nutze. Dieses Denken wird in dem Begriff der „PLANdemie“, welcher im verschwörungsideologischen Milieu Verbreitung erfuhr, auf den Punkt gebracht. Ein solches Weltbild bietet Anschluss an den alten Topos der Jüdinnen*Juden als mächtige Strippenzieher*innen und heimliche Weltherrscher*innen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass im Verlauf der Kundgebungen und Demonstrationen, die im Kern alle das Virus respektive die Maßnahmen dagegen als geplante Verschwörung betrachteten, auch in Niedersachsen Motive und Aussagen dokumentiert wurden, die an diese antisemitischen Stereotype anknüpften.

In einem Fall im November aus Oldenburg wies eine Jüdin eine Person in ihrer Kontaktliste darauf hin, dass sich in ihrer WhatsApp-Story ein Bild befindet, welches Viren mit Karikaturen zeigt, die in antisemitischer Tradition gezeichnet wurden. Nach der versuchten Intervention wurde die meldende Person direkt antisemitisch beschimpft. So wurde ihr wörtlich gesagt, dass es in der Welt nicht immer nur um ihre „Nationalität“ gehe, und mit einer Strafanzeige gedroht.

Der relativierende Zusammenhang zwischen Post-Schoa-Antisemitismus und Pandemie wird etwa verdeutlicht durch die Verwendung des sogenannten Judensterns mit Zusätzen wie „ungeimpft“. Ebenfalls in Sozialen Netzwerken geteilt oder auf der Straße verbreitet werden Bilder mit Eingangstoren von Konzentrationslagern, auf denen der bekannte Schriftzug „Arbeit macht frei“ in „Impfung/Impfen macht frei“ geändert wurde. Beide Motive dienen dazu, gegen einen angeblich drohenden Impfwang oder die G-Regelungen zu protestieren. Solche Motive sind wiederholt in Niedersachsen an Kleidungsstücken, als Sticker oder Graffiti in mehreren Städten entdeckt worden.

Auch in Redebeiträgen tauchen ähnliche, die Schoa relativierende Motive auf. So verglich ein Redner am 4. September auf einer Hannoveraner Demonstration die vor kurzem eingeführten 3G-Regeln mit der systematischen Diskriminierung und Ausgrenzung von Jüdinnen*Juden im nationalsozialistischen Deutschland, die der Vernichtung vorhergingen. Er verkündete, früher seien es Jüdinnen*Juden gewesen, denen der Zutritt verwehrt worden sei, heute seien es die Ungeimpften.

Durch diese Aussagen und Symbole werden die Schrecken der Schoa instrumentalisiert, um die eigene Position durch eine plakative Selbstviktimsierung unangreifbar zu machen. Die offen zur Schau gestellte Identifikation mit den Opfern des Nationalsozialismus ist jedoch mehr als bloße politische Strategie oder

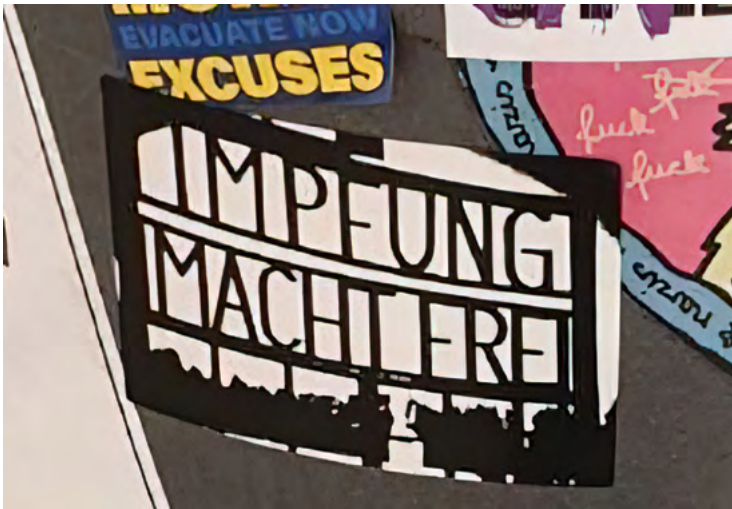


Oldenburg, 14. November: antisemitische Karikatur, die Jüdinnen*Juden für das Covid-19-Virus verantwortlich macht. (Übersetzung aus dem Russischen: Covid unter dem Mikroskop)



Hannover, 8. Mai: ein die Schoa verharmlosender Sticker

bewusste Provokation: Die Schoa wird auch heute von einem signifikanten Teil der deutschen Bevölkerung als störend für den positiven Bezug auf das nationale Kollektiv oder die eigene Familienhistorie empfunden. Die Erinnerung an sie wird darum abgelehnt oder das Geschehene zu rechtfertigen versucht.⁷ Eine Form dieser Erinnerungsabwehr kann aber auch die Relativierung durch Gleichsetzungen sein, in denen die Schoa nicht mehr als das Massenverbrechen eingeordnet wird, das sie war.



Oldenburg: im März wurden zahlreiche Schoa verharmlosende Sticker gesichtet.

Die Identifikation mit den Opfern der deutschen Nationalsozialisten zeugt vom Drang der Querdenker*innen, sich von der bewusst oder unbewusst empfundenen Schuld an jenen Verbrechen zu lösen, die im Namen Deutschlands und mitunter auch von den eigenen Verwandten begangen wurden. Da es sich bei dem Großteil der Teilnehmenden um Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft, also um Nachfahren derer handelt, die an der Schoa als indirekte oder direkte Täter*innen partizipierten, stellt die Identifikation mit den Verfolgten und Ermordeten eine Täter-Opfer-Umkehr dar. Diese Umkehr wird dadurch verstärkt, dass die an der derzeitigen Lage für schuldig Befundenen

als jüdisch gedeutet werden. Die tatsächlich geschehene systematische Entrechtung und Vernichtung von Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus wird damit jedoch verharmlost, da diese Gleichsetzung im Umkehrschluss bedeutet, dass die Verbrechen im Nationalsozialismus auch nicht schlimmer gewesen seien als die heutigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung.

Schwerpunkt: Eskalation des arabisch-israelischen Konflikts

Eine Welle an antisemitischen Vorfällen ereignete sich im Frühjahr 2021 in Niedersachsen in Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Auseinandersetzungen um das Jerusalemer Viertel Sheich Dscharrah / Shimon HaTzadik sowie um israelische Militäroperationen nach Raketenangriffen auf Israel durch islamistische Terrorgruppierungen in Gaza beeinflussten auch die Artikulation von Antisemitismus in Deutschland. So kam es auf Kundgebungen und Demonstrationen aus dem Palästina-solidarischen Umfeld immer wieder zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen. Auch abseits dieser Veranstaltungen wurden Jüdinnen*Juden in Niedersachsen in diesem Zusammenhang zum Ziel antisemitischer Vorfälle. Vom 10. Mai bis zum 10. Juni wurden der Stelle 21 Vorfälle bekannt, die in diesem Kontext stehen. Auf insgesamt zehn Versammlungen wurden antisemitische Inhalte dokumentiert und jeweils als ein Vorfall gewertet. Höhepunkt dieser Welle an israelbezogenem Antisemitismus waren der 14. und 15. Mai, an denen allein 12 Vorfälle dokumentiert wurden.

⁷ Laut einer 2019 vom World Jewish Congress veröffentlichten Studie sind 41 Prozent der Deutschen der Meinung, Jüdinnen*Juden sprächen zu oft über die Schoa. Vgl. World Jewish Congress (WJC) Germany Antisemitism Assessment Study General Population Survey, 2019, https://jeder-vierte.com/wp-content/uploads/2021/01/WJC-Germany-Antisemitism-Assessment-Survey_Topline-Results_General-Population2.pdf. [eingesehen am 07.03.2022].

Erscheinungsformen von Antisemitismus auf den antiisraelischen Demonstrationen

Die von RIAS Niedersachsen am häufigsten dokumentierten Vorfälle in diesem Kontext waren nicht überraschend Fälle des **israelbezogenen Antisemitismus**. Als solcher werden Vorfälle klassifiziert, in denen sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten. Häufig fungiert der Israelbezogene Antisemitismus als Umwegkommunikation, mittels derer klassische antisemitische Motive dann scheinbar legitim geäußert werden.

Alle 21 bekannt gewordenen Fälle werden dieser Kategorie zugerechnet. Häufig wurden Israel auf den Demonstrationen „Kolonialismus“, „Genozid“, „ethnische Säuberungen“ oder „Apartheid“ vorgeworfen.⁸ Die Formulierungen sind antisemitisch, da Israel so dämonisiert und als Unrechtsstaat dargestellt wird, der keine Legitimation besitzt. Derartige, infundierte Gleichsetzungen relativieren außerdem die Leiden derer, die tatsächlich von den genannten Wörtern betroffen waren oder sind.

Eine weitere populäre Parole auf den Demonstrationen lautete: „from the river to the sea palestine will be free“.⁹ Auch diese Parole ist antisemitisch, da die hier vorgenommene Skizzierung der Grenzen „Palästinas“ bedeutet, dass Israel aufhören würde zu existieren. Durch ein Palästina, das vom Jordan bis zum Mittelmeer reichte, besäße Israel keinen geographischen Raum mehr. Jüdinnen*Juden würde so das Recht auf nationale Selbstbestimmung verwehrt. Da dies nur mit Gewalt möglich ist, wird mit der Parole Israels Vernichtung gefordert.

Fünfmal wurden Fälle des **Post-Schoa-Antisemitismus** dokumentiert. Häufig wurde hierbei das Agieren Israels mit dem deutschen Nationalsozialismus gleichgesetzt. Durch Parolen wie „end the palestine Holocaust“ oder „Netanyahus List“ wird die israelische Politik als das absolut Böse markiert und die Schoa relativiert.¹⁰

Modern antisemitische Inhalte, in denen das Judentum etwa mit Profitgier und als verantwortlich für alles Schlechte auf der Welt dargestellt wird, wurden viermal erfasst. So prangte auf einem Plakat der Satz: „Zionism is the new world evil/ Together against zionism“.¹¹ In einem Liedtext hieß es: „Fremde Zionisten massakrierten und setzten alles in Flammen, massakrierten Kinder u. Damen. Ihre Gier kennt kein Erbarmen.“¹² Der Zionismus ist eine heterogene und komplexe Bewegung. Ihr Kern ist das Streben nach nationaler Souveränität von Jüdinnen*Juden. Der Zionismus entstand als Reaktion auf die antisemitische Verfolgung weltweit. Zionismus als „Weltübel“ zu bezeichnen, reproduziert das antisemitische Ressentiment vom Judentum als Manifestation des absoluten Bösen. Das Motiv der „Gier“ ohne „Erbarmen“ knüpft an das wohl wirkungsmächtigste antisemitische Stereotyp an, nämlich das vom „geldgierigen Juden“, der dabei bereit ist, über Leichen zu gehen. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Betitelung Zionismus oder Zionist*innen häufig als Chiffre Verwendung findet, um gegen Jüdinnen*Juden gerichtete stereotype Erzählungen zu verschleiern.

8 Derartige Vorwürfe wurden in Hannover (12., 15., 22. Mai), Göttingen (14. Mai), Osnabrück (15. Mai), Oldenburg (15. Mai), Delmenhorst (28. Mai) dokumentiert.

9 Die Parole wurde in Hannover (12. und 22. Mai) und Osnabrück (15. Mai) dokumentiert.

10 Beide Vorfälle wurden am 15. Mai in Hannover dokumentiert.

11 Dokumentiert in Hannover am 22. Mai.

12 Dokumentiert in Delmenhorst am 28. Mai.

Die Demonstrationen zeichneten sich dabei teilweise durch ein martialisches und deutlich aggressives Gebaren der Teilnehmenden aus. So zerrissen Demonstrant*innen am Steintor in Hannover am 12. Mai auf DIN A4 ausgedruckte israelische Fahnen und zündeten sie an. Nachdem eine Demonstration wenige Tage darauf wieder in Hannover am 15. Mai offiziell für beendet erklärt wurde, versuchte ein Teil der Demonstrant*innen eine pro-israelische Gegenkundgebung zu stören. Die Polizei verhinderte dies mit einer doppelten Polizeikette. Auf einer Demonstration in Oldenburg wurde am 15. Mai der Hitlergruß, auf einer Demonstration durch Osnabrück der „Wolfsgruß“ der rechtsextremen türkischen Organisation „Graue Wölfe“ gezeigt.

Antisemitische Vorfälle abseits von politischen Versammlungen

Dass es nicht bei Aggressionen auf politischen Veranstaltungen bleibt, zeigen mehrere Fälle, die RIAS Niedersachsen bekannt geworden sind, in denen Jüdinnen*Juden oder israelsolidarische Personen für die Geschehnisse im Nahen Osten verantwortlich gemacht und aufgrund dessen attackiert wurden.

Bereits am 10. Mai rief ein bislang unbekannter Anrufer in der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover zweimal an und verlangte Eintritt zur Gemeinde. Als ihm dies verwehrt wurde, drohte der Mann damit, die Synagoge anzuzünden. Er bekräftigte die Aussage mit dem Verweis darauf, dass er bereits am Samstag vor der Synagoge gewesen sei. Aufgrund der Pandemie war die Synagoge an dem Tag nicht geöffnet. Traditionell ist Samstag – Shabbat – der Tag, an dem religiöse Jüdinnen*Juden den Gottesdienst besuchen.

Am 12. Mai wurde in einem Mehrfamilienhaus in Sarstedt eine Fensterscheibe eingeworfen, vor der die Bewohner zuvor eine israelische Flagge aufgehängt hatten.

In Göttingen wurden am 14. Mai zwei antisemitische Plakate gemeldet. Das erste zeigt eine durchgestrichene israelische Fahne, wobei der Davidstern durch Exkremamente ersetzt wurde. Das zweite Plakat führt zu einer Petition, die Israel dämonisiert.



Die Vorfälle zeigen, wie bestimmte politische und gesellschaftliche Ereignisse, etwa Eskalationen im palästinensisch-israelischen Konflikt, Gelegenheitsstrukturen schaffen, durch die Antisemitismus häufiger, offener und für einen Teil der Bevölkerung auch scheinbar legitim artikuliert werden kann.

*Hannover, 12 Mai: Ein*e Teilnehmer*in einer antiisraelischen Demonstration zeigt ein antisemitisches Plakat*

Report Antisemitism!

Contact us if you are affected by antisemitism or are a witness to antisemitic incidents! Our service is confidential, anonymizing, and we stand unequivocally at the side of those affected.

Сообщите об антисемитском инциденте !

Свяжитесь с нами, если Вы столкнулись с антисемитизмом или являетесь свидетелем антисемитских инцидентов! Наша работа конфиденциальна, анонимна и мы на стороне потерпевших.

Antisemitismus melden!

Wenden Sie sich an uns, wenn Sie von Antisemitismus betroffen oder Zeug*in von antisemitischen Vorfällen sind!

Wir arbeiten vertraulich, anonymisierend und parteilich.

Unsere Angebote

- Vertrauliche Annahme von Meldungen antisemitischer Vorfälle
- Unterstützung bei Anzeigenstellung
- Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenenberatung)
- Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen
- Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.rias-niedersachsen.de oder per E-Mail an info@rias-niedersachsen.de oder die Mobilnummer 0159 06 43 21 44 mitteilen.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen (RIAS Niedersachsen)

Prinzenstraße 14
30159 Hannover
[facebook.com/RIAS.NDS](https://www.facebook.com/RIAS.NDS)
[Instagram.com/rias.nds](https://www.instagram.com/rias.nds)

RIAS Niedersachsen wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) und aus Mitteln des Niedersächsischen Justizministeriums durch das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte sowie zusätzlich aus Mitteln der Landeshauptstadt Hannover gefördert.

Unterstützen Sie Projekte und Initiativen gegen Antisemitismus!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie bundesweit Initiativen, die sich in Jugendarbeit und Schule, Kunst und Kultur, im Opferschutz oder in kommunalen Netzwerken engagieren. Zu den über 1.900 bisher geförderten Projekten gehören zum Beispiel*

- die Veranstaltungsreihe der Regionalen AG Bildung und Lernen Oldenburg e.V. zu Antisemitismus und Verschwörungsmythen in der Popkultur
- das Festival des Bündnisses M.U.T.I.G. aus Einbeck, Niedersachsen, mit Bandperformances und Workshops zu politischem Engagement nach einem rechten Sprengstoffangriff
- den Aufbau eines bundesweiten zivilgesellschaftlichen Melde- und Unterstützungsnetzwerks zu antisemitischen Vorfällen und Bedarfen jüdischer Organisationen und Personen durch den Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.

Wo die Amadeu Antonio Stiftung neue Themen oder Handlungslücken sieht, wird sie selbst aktiv und erprobt neue Ansätze zur Unterstützung von Fachkräften und regionalen Netzwerken. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf den Transfer zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er Schwarz war. Er war eines der ersten von heute mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Spendenkonto

www.amadeu-antonio-stiftung.de
twitter.com/AmadeuAntonio
facebook.com/AmadeuAntonioStiftung
instagram/amadeuantoniofoundation
tiktok.com/@amadeuantoniofoundation
youtube.com/c/AmadeuAntonioStiftung
linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung

Insgesamt 131 antisemitische Vorfälle dokumentierte RIAS Niedersachsen 2021. Darunter sind zwei Angriffe, 11 Bedrohungen, 21 Sachbeschädigungen an jüdischem Eigentum oder Orten der Erinnerung an die Schoa, eine Massenzuschrift sowie 96 Fälle verletzenden Verhaltens.

Wie 2020 war auch das Jahr 2021 geprägt von der Pandemie. Rund ein Drittel, 33 % der Fälle hatten einen Bezug zu COVID-19. Auch bedingt durch die Corona-Proteste und antiisraelische Versammlungen spielte sich Antisemitismus im Offline-Bereich mit 60 Vorfällen am häufigsten auf der Straße ab (46 %). Die am weitesten verbreitete Form antisemitischer Artikulation war der Post-Schoa-Antisemitismus. Er trat in 52 % der Vorfälle auf und äußerte sich beispielsweise in einer Täter-Opfer-Umkehr oder Formen der Schoa-Relativierung. Stereotypen des israelbezogenen Antisemitismus wurden in 30 % verwendet. Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen*Juden als fremd oder nicht dazugehörig beschrieben, wenn Personen oder Institutionen als „Jude“ beschimpft werden. Dies geschah in 27 % der Fälle.

Die RIAS bekannt gewordenen Fälle können nur einen Teil der Wirklichkeit abbilden. Es ist von einem großen Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle auszugehen.